

## Ist der Marxismus schuld?

Niemals hat das Ergebnis einer Parlamentswahl in der Arbeiterbewegung und ihr nahestehenden Kreisen eine so breite publizistische und mündliche Diskussion ausgelöst wie jetzt nach dem 6. September. Das ist für alle am Aufstieg der Arbeiterbewegung Interessierten ein erfreuliches Zeichen und trägt zu einer bisher vernachlässigten Klärung prinzipieller Fragen und Gegenwartsaufgaben bei.

Das Wahlergebnis hat erklärlicherweise eine schockartige Wirkung in der Bevölkerung zur Folge. Von keiner Seite — auch nicht in den Kreisen der CDU/CSU — wurde erwartet, daß diese Partei allein die Mehrheit des neuen Bundestages erreichen würde. Sie ist als einzige Siegerpartei aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Obwohl die extremen Splittergruppen rechts und links völlig vernichtet wurden und auch die DP und FDP als Parteien der Regierungskoalition schwere Verluste erlitten, erscheint die SPD trotz ihres Stimmenzuwachses von einer Million gegenüber der ersten Bundestagswahl (auch bei stark vermehrter Wahlbeteiligung konnte sie ihren prozentualen Stimmenanteil fast restlos halten) als die eigentliche Verliererin dieser Wahl. Mit ihrer Losung „Ollenhauer statt Adenauer“ hatte sie sich als einzigen großen Gegner der Adenauer-Koalition herausgestellt mit dem propagierten Ziel, als größte Partei aus dieser Wahl hervorzugehen und eine Regierungsbildung unter ihrer Führung zustande zu bringen. Da sie von diesem Ziel nach der Wahl weiter entfernt ist als im alten Bundestag, sind gewissenhafte Untersuchungen berechtigt und notwendig, die die Frage klären sollen:

### *Welches sind die Ursachen der SPD-Niederlage? — Objektive Ursachen*

Hier muß m. E. unterschieden werden zwischen objektiven und subjektiven Gründen. Unbestreitbar war die weltwirtschaftliche und weltpolitische Entwicklung der letzten fünf Jahre für die bisherige Regierungskoalition günstig. Ohne die auf verschiedenen Ursachen beruhende Wirtschaftskonjunktur wäre der zusätzlich mit Marshallplan-Geldern unterstützte rasche Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft nicht möglich gewesen. Jetzt konnte das den Wählern von der Regierungskoalition fälschlicherweise als das Ergebnis ihrer genialen Wirtschaftspolitik unter der Führung von Professor Erhard hingestellt werden. Auch die weitgehende Überwindung der weltpolitischen Folgen des Zusammenbruchs von 1945, die Diskriminierung und Beseitigung der staatlichen Selbständigkeit Deutschlands und ihre Wiedererringung seit diesem Zeitpunkt konnte von der Koalition allzu leicht als alleiniges Verdienst der Außenpolitik Adenauers hingestellt werden. In Wirklichkeit ist diese Wandlung doch zum großen Teil auf die seit 1947 ständig angewachsene Spannung zwischen den USA und der Sowjetunion zurückzuführen. Dies veranlaßte die Westmächte, der Adenauerregierung weitgehende Konzessionen zu machen.

Wie sehr diese objektiv — also nicht vom Handeln der Regierung verursachte — günstige Entwicklung sich für die führende Koalitionspartei bei der Wahl auswirkte, wird ganz klar, wenn man sich einmal vorstellt, daß am Tage der Wahl eine Weltkrise und eine damit verbundene große Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik geherrscht hätte und daß die USA und die Sowjetunion bis heute im Sinne ihrer Potsdamer Abmachungen gegenüber Deutschland zusammengearbeitet hätten.

Die Herausstellung dieser objektiven Ursachen für den Wahlerfolg Adenauers und Erhards ist notwendig, wenn man ein klares Bild erhalten will über die subjektiven Ursachen der Wahlniederlage der SPD und ihrer selbstverschuldeten Fehler.

*Subjektive Ursachen des Mißerfolgs*

Viele Kritiker an der SPD-Politik äußern sich in Zuschriften sowohl an den „Neuen Vorwärts“ als auch in Artikeln der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“. Sie sehen die Hauptursache der Niederlage darin, daß sich die SPD nicht frei gemacht hätte vom Marxismus. Die Führung bei dieser Marxtötere hat, wie schon immer, W. Theimer. („*Marxismus und Mittelschichten*“, GM, Heft 10/53). Zwar wäre, wie er einleitend darlegt, die Sozialdemokratie kaum noch eine marxistische Partei. Sie wage aber nicht, das klar zu sagen, deshalb wäre es ihr auch mißlungen, bei der Wahl die Mittelschichten zu gewinnen. Dann folgt eine Darstellung des Marxismus und der angeblichen Stellungnahme K. Marx' gegenüber den Mittelschichten, die weder mit Marxismus noch mit objektiver Untersuchung etwas zu tun hat. Es wird da mit dem Anspruch einer wissenschaftlichen Darstellung behauptet, Karl Marx habe unter Arbeiterklasse oder Proletariat nur die unmittelbar produzierenden Handarbeiter verstanden. Diese allein wären nach Marx die „geschichtstragende, auserwählte“ und daher politisch ernst zu nehmende Klasse. Alle kaufmännischen und technischen Angestellten und Beamten hätte Marx zu dem von ihm verächtlich behandelten und als politisch unwichtig angesehenen kleinbürgerlichen Mittelstand gezählt. Mit dieser Auslegung des Marxismus kommt Theimer u. a. zu der Behauptung, daß nach Marx Leute, die an einer Schreibmaschine sitzen oder hinter dem Ladentisch stehen, in der Politik weniger bedeuten, als Eisendreher oder Bauarbeiter. Das ist ein völlig falsches Bild. Wer auch nur ein wenig von dem kennt, was Marx geschrieben und vertreten hat, der weiß, daß er stets *alle* vom Besitz der Produktionsmittel getrennten Lohn- und Gehaltsempfänger im Auge hatte, wenn er von Arbeiterklasse sprach. Er hat zwar in seinen wissenschaftlichen Darlegungen unterschieden zwischen unmittelbar an der Erzeugung der Produkte Beteiligten — wozu er auch die konstruktiv und technisch tätigen Intellektuellen rechnete — und jenen, die in der Verwaltung und in der Verteilung tätig sind. Aber er hielt beide Teile für gleich wichtige im Prozeß der Gesamtproduktion. Allerdings hat Marx auch dargelegt, daß das Gros der Angestellten und Beamten auf Grund ihrer sich aus der Art der Beschäftigung ergebenden gesellschaftlichen Stellung leichter als die Handarbeiter geneigt ist, die Interessen der „Bourgeoisie“ zu vertreten statt seine eigenen. Doch niemals hat Marx diese Schichten zum kleinbürgerlichen Mittelstand gerechnet. Zu diesem rechnete er ausschließlich die Kleingewerbetreibenden, Kleinhändler und Kleinbauern. Kurz: alle jene Schichten, die sich von den „Proletariern“ dadurch unterscheiden, daß sie nicht in Lohnarbeit bei anderen stehen, sondern Besitzer meist unzulänglicher Produktionsmittel sind, obwohl sie materiell oft nicht besser gestellt sind als Lohnarbeiter.

W. Theimer und neuerdings auch viele andere wollen das Falsche an ihrer Auslegung des Marxismus auch mit der Behauptung beweisen, daß die Arbeiterklasse stets nur eine Minderheit in der Bevölkerung darstellte und die Sozialdemokratie nur erfolgreich sein könne, wenn sie den Mittelstand gewinne. Man müßte doch bei einem Theoretiker, der ernst genommen werden will, voraussetzen, daß er wenigstens die elementaren amtlichen Bevölkerungsstatistiken kennt. Was aber sagen diese? Nach der letzten Volkszählung in der Bundesrepublik<sup>1)</sup> sieht die prozentuale Aufteilung der *erwerbstätigen* Bevölkerung so aus:

Selbständige	15,4 vH
Mithelfende Familienangehörige	13,0 vH
Beamte	4,0 vH
Angestellte	15,7 vH
Arbeiter	51,9 vH

1) „Wirtschaft und Statistik“, 1951, Heft 3.

Entgegen diesen klaren Ziffern schreibt W. Theimer: „In keinem Land mit kapitalistischer Wirtschaftsweise geht der Anteil der *Arbeiter* wesentlich über ein Drittel hinaus.“ Nun, in der Bundesrepublik stellen sie amtlich ausgewiesen mehr als die Hälfte dar. Die Statistik erfaßt gewiß nur die Erwerbstätigen. Aber die nicht erwerbstätigen Alten, Invaliden, Hausfrauen und Kinder sind zweifellos in allen Bevölkerungsschichten entsprechend dieser Statistik vorhanden. Wendet man diese Statistik rein schematisch auf die mögliche Stimmengewinnung der SPD an, wie es Theimer und andere tun, dann müßte die SPD schon allein mit allen Arbeiterstimmen die Mehrheit erhalten können. Da jedoch rund 1,5 Millionen Angestellte und Beamte den DGB-Gewerkschaften und der DAG angehören, könnte man von diesen gut und gern über die Hälfte als mögliche SPD-Wähler ansehen. Das bedeutet, daß ohne den Mittelstand beinahe  $\frac{2}{3}$  der Stimmen auf die SPD entfallen könnten. Das sei nur angeführt zum Beweis, daß alle diese rein formalen Rechnungen auf Grund der Zusammensetzung der Bevölkerung falsch sind und immer in die Irre führen.

Was W. Theimer gegenwärtig als Marxismus darstellt, ist offensichtlich stark beeinflusst von der alten, in neuerer Zeit wieder stark betriebenen Propaganda gegen die Gewerkschaften und die SPD unter dem Schlagwort „Gegen den Marxismus“. Die Vergiftung und systematische Irreführung der Bevölkerung unter diesem Schlagwort wird nicht erfolgreich bekämpft, sondern ungewollt unterstützt, wenn selbst der Arbeiterbewegung sympathisch gegenüberstehende Personen den angeblichen Marxismus als einen so dummen, weltfremden Popanz darstellen.

Die vorgeschlagene offizielle Absage vom Marxismus würde der SPD bestimmt nichts nutzen. Ihre Gegner würden sie trotzdem weiter als marxistisch bezeichnen oder mit irgendeinem anderen Ismus propagandistisch belasten. Denn die demagogische Propagandalosung „Gegen den Marxismus“ ist doch nichts anderes als eine beabsichtigte Schwächung des Kampfes der Gewerkschaften und der SPD gegen die kapitalistische Vormachtstellung. So werden z. B. auch die Forderungen nach Sozialisierung der Grundstoffindustrien und auf paritätische Mitbestimmung als Marxismus denunziert. Eine Auffassung, die erstaunlicherweise auch *H. D. Ortlieb* in seinem Aufsatz „Die Aufgabe der SPD in unserer Zeit“ vertritt. Auch Ortlieb müßte wissen, daß diese Forderungen gar nicht typisch marxistisch sind und daß z. B. die englische Arbeiterpartei — die ganz und gar nicht marxistisch ist — die Sozialisierung nicht nur forderte, sondern durchführte. Auch die CDU forderte in ihrem Ahlener Programm die Sozialisierung der Grundstoffindustrien!

Gewiß ist vieles, was Marx vertrat und vorauszusagen glaubte, von der Entwicklung überholt und widerlegt worden. Das hat Marx mit vielen großen Denkern und Wissenschaftlern gemein. Man denke dabei nur daran, daß zu seiner Zeit die ungeheure Auswirkung der Elektrizität auf die ganze wirtschaftliche und politische Entwicklung noch völlig unbekannt war. Aber in wie vielen Voraussagen hat Marx auch richtig gesehen! Seine Größe besteht darin, daß er auch noch für die heutige Zeit gültige gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungstendenzen analysierte und daraus die Schlußfolgerungen zog. Diese bleibenden wertvollen Forschungsmethoden werden heute und sicher auch zukünftig bewußt oder unbewußt von vielen Wissenschaftlern angewandt, die politisch wütende Gegner des „Marxismus“ sind.

Der Fehler der SPD war nicht zuviel „Marxismus“, sondern der Umstand, daß sie nicht verstand, die wertvollen Marxschen Erkenntnisse und Forschungsmethoden weiterzuentwickeln und zur klaren Erkenntnis der heutigen Verhältnisse anzuwenden. Ferner, daß die SPD die ganzen Jahre versäumte, der Diskreditierung des Marxismus durch den Bolschewismus entgegenzutreten und in Schulungs- und Aufklärungsschriften

anschaulich darzustellen, was sie grundsätzlich von dem fälschlicherweise unter marxistischer Flagge segelnden Bolschewismus trennt, der außer dem Namensmißbrauch nichts mehr mit den Lehren von K. Marx zu tun hat. Darin kann man allen Kritikern zustimmen: Fehler der SPD müssen vorliegen.

*Welches sind die Hauptfehler der SPD?*

Das Wahlergebnis ist sicher viel weniger durch das Für und Wider der Ideologien — Marxismus oder Antimarxismus, auch nicht allzusehr christlich oder sozialistisch —, sondern durch sehr reale materielle Gegenwartsfragen der Innen- und Außenpolitik entscheidend beeinflußt worden.

Zunächst *innenpolitisch*. Wenn die SPD es verstanden hätte, die heutigen wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnisse und die Veränderungen so treffend zu erforschen und zu analysieren, wie es Karl Marx zu seiner Zeit und für die damaligen Verhältnisse verstand, dann wäre ihr sicher vieles an Fehleinschätzungen erspart geblieben. Sie hätte dann erkennen müssen, daß der wirtschaftliche Aufstieg nicht nur den Schwerreichen, sondern auch breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung erhebliche Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse brachte. Es war daher unklug, nur in Schwarzweiß zu malen. Vielmehr hätte die SPD ganz mit Recht herausstellen können, daß sie an dieser Verbesserung als Partei einen erheblichen Anteil hat. So sind doch die Intensivierung des Wohnungsbaues, die Verbesserungen der Sozialleistungen, Erhöhung der Beamten- und Angestelltegehälter im öffentlichen Dienst, die Herabsetzung der überhohen Kaffee-, Tee- und Tabaksteuern und ähnliches zum weitest aus größten Teil dem unablässigen Drängen der SPD-Fraktion zu verdanken. Wenn die SPD dann neben der Anerkennung dieser Verbesserungen und der Betonung ihrer *Mithilfe* daran die ungerechte Verteilung des Gewinnes aus dem Wirtschaftsaufstieg und viele Fehlinvestitionen scharf kritisiert hätte, wäre diese Kritik sicher von breiten Volksschichten viel eher als berechtigt anerkannt worden, weil sie dann nicht so einseitig negierend gewirkt hätte.

Der entscheidende Faktor bei der Wahl war aber m. E. die *Außenpolitik*. Hier liegt seit Jahren der Hauptfehler der SPD. Hier spielt nebenbei die Frage, Marxismus oder nicht, überhaupt keine Rolle.

Die weltgeschichtliche Entwicklung hat das einst die ganze Welt beherrschende West- und Zentraleuropa in eine fast hilflose Lage gebracht. Es liegt eingeklemmt zwischen den zwei gigantischen Machtgebilden USA und Sowjetunion. Das durch den Krieg politisch und wirtschaftlich niedergeschlagene und zerstückelte Deutschland muß logischerweise die Hauptlast dieser bedrängten Lage tragen. Es ist daher ganz natürlich, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik (die mit Recht in ständiger Furcht vor dem vordrängenden Sowjetrußland und seinen Terrormethoden lebt) eine Rettung aus dieser Notlage herbeisehnt.

Da auch die europäischen Weststaaten größtes Interesse an einer Wiedererstarkung Europas haben, und da zudem von den USA diese Bestrebungen (wenn auch gewiß aus eigenem Interesse) unterstützt werden, wurden entsprechende Vorschläge entwickelt. Zuerst der auch von der SPD begrüßte Marshallplan, dann der Schumanplan, der unter Preisgabe bestimmter nationaler Souveränitätsrechte die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sechs kontinentalen Staaten zum Ziele hat und sie zunächst auf dem Gebiete der Kohle- und Stahlwirtschaft verwirklichte. Dann folgte der sogenannte Generalvertrag mit der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft (EVG). Alle drei Verträge enthalten neben dem grundsätzlich herausgestellten Ziel der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller beteiligten Staaten Bestimmungen, die für die Bundesrepublik sehr bedenklich und daher verbesserungsbedürftig sind.

Der Grundfehler der SPD war es, daß sie (obwohl sie dem vom Schumanplan verfolgten Prinzip zunächst zustimmte und auch die Notwendigkeit der gemeinsamen Verteidigung grundsätzlich anerkannte) allen drei Vertragsentwürfen mit dem Hinweis auf die erwähnten bedenklichen Bestimmungen sofort beim Verhandlungsbeginn ein schroffes und immer wiederholtes Nein entgegensetzte. Die SPD entzog sich damit zu ihrem eigenen Schaden ihrer Aufgabe, als konstruktive Opposition an der endgültigen Gestaltung der Verträge durch konkrete Verbesserungsvorschläge mitzuarbeiten.

Das wiederholte sich bei der Bildung des Europarats. Auch hier wurde gleich von Anfang an der Gedanke abgelehnt und der konkrete Vorschlag mit einem hier besonders unverständlichen Nein bedacht. Die SPD beteiligte sich dann zwar an der Entsendung von Delegierten nach Straßburg, betrieb aber im Europarat selbst nur sture Opposition und setzte sich damit zudem auch noch in Gegensatz zu den sozialistischen Delegierten der übrigen Länder. Und warum? Sie, die SPD, ist gegen das Klein-Europa, weil sie ein Ganz-Europa will. Das ist die typische, immer falsche Alles- oder Nichts-Politik.

Diese negative Nein-Politik einerseits und das grundsätzliche Bejahen auch einer militärischen Verteidigung andererseits hat der Volksmund als Jein-Politik bezeichnet. Sie hinderte die SPD an einer klaren Konzeption in allen von der ganzen Bevölkerung als erstrangige und lebenswichtig empfundenen Fragen. Das starre Festhalten an dieser negativen Politik verleitete sie auch zu immer neuen und den vorhergehenden zum Teil widersprechenden Ablehnungsgründen. So wurde zunächst die Aufstellung deutscher Truppen als Beitrag zur europäischen Verteidigung mit der Begründung abgelehnt, erst müßten zum Schutz einer deutschen Wiederbewaffnung erstklassige alliierte Streitkräfte an der Grenze gegen Osten stehen. Als diese Truppen da waren, lehnte man den EVG-Vertrag ab mit der Begründung, daß die alliierten Truppen die Kriegsgefahr verstärkten. Dann kam man zu der anfangs gar nicht erhobenen These: Erst Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten mit der Sowjetunion zur Vereinigung der Ostzone mit der Bundesrepublik. Der EVG-Vertrag verhindere endgültig die deutsche Wiedervereinigung.

Plötzlich spielte es für die SPD auch keine Rolle mehr, daß sie wiederholt gemeinsam mit anderen Parteien (außer der KP) im Bundestag Vorschlägen an die Sowjetunion zugestimmt hatte, die Verhandlungen über die Herstellung der Einheit zum Ziele haben sollten. Die SU hat auf diese Vorschläge entweder gar nicht oder mit unannehmbaren Gegenvorschlägen geantwortet. Es spielte keine Rolle, daß von westlicher Seite schon unzählige Versuche zu ernsthaften Verhandlungen mit der SU gemacht worden waren, die aber wie die 280 Sitzungen über den österreichischen Staatsvertrag am mangelnden guten Willen der Sowjetdiplomaten scheiterten. Wenn daher jetzt die SPD ein wirtschaftliches und politisches Zusammengehen mit den Westmächten und die gemeinsame Verteidigung so lange ablehnt, bis alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, dann begibt sie sich in dieser Hinsicht in die Abhängigkeit der SU. Diese hat bis auf weiteres gar kein Interesse an einer Beendigung des bisherigen Hängezustandes.

Ganz bedenklich, ja, höchst gefährlich ist der von der SPD bis vor kurzem stets abgelehnte, aber wenige Tage vor der Wahl in einer SPD-Pressekonferenz gemachte Vorschlag der völligen Neutralität eines vereinigten Deutschlands und Abzug aller Besatzungstruppen. Die dann entstehenden Machtverhältnisse in Zentraleuropa und die entsprechend hilflose Lage Deutschlands, das keine Verbindung mehr mit den Weststaaten hätte, kann man sich selbst ausmalen.

Während dieser Jahre einer hin und her schwankenden Außenpolitik der SPD hat die Bundesregierung unter Führung Adenauers es verstanden, die Zeit auf außenpolitischem Feld gut für sich zu nutzen. Was hier geschehen ist, gereicht der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung ganz gewiß nicht alles zum Nutzen. Mancher Nachteil hätte bei einer konstruktiven Opposition verhindert werden können. Doch es steht fest, daß das Ansehen der Bundesrepublik und des Bundeskanzlers in der Welt bedeutend gewachsen sind. Dieser unbestreitbaren Tatsache hatte die SPD in außenpolitischer Hinsicht bei der Wahl nichts Positives entgegenzusetzen.

Dabei hat die SPD ihre große Chance verpaßt. Die Herstellung internationaler Vereinigungen, die Aufhebung der Grenzen und Zollschränken, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa — das sind doch uralte Losungen der sozialistischen Parteien und der deutschen Sozialdemokratie, besonders gegenüber den Nationalisten in allen Staaten. Was hätte daher näher gelegen, als daß die SPD beim Aufkommen der Europapläne die Initiative ergriffen hätte! Sie wäre berufen gewesen, hier konstruktive Pläne vorzuschlagen, Pläne, in denen das Schwergewicht nicht auf das Militärische, sondern auf das wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeiten der Bevölkerungen zu legen war. Aber auch soweit in einer von Waffen starrenden Welt die gemeinsame Verteidigungsmacht notwendig ist, hätten von der SPD konkrete Vorschläge gemacht werden können, um den Militarismus alten Schlages zu verhindern und eine wirkliche Volkswehr mit moderner Bewaffnung zu schaffen.

Der eventuelle Einwand, dem hätten die anderen Parteien doch nicht zugestimmt, ist keine Entschuldigung für das Versagen. Einmal kann eine aktive, aber konstruktive Opposition durch geschicktes und von breiten Bevölkerungsschichten gutgeheißenes Vorgehen auch eine gegen sie stehende Parlamentsmehrheit zum Nachgeben bringen. Zum anderen aber hätte die SPD bei Ablehnung ihrer Vorschläge wenigstens ihr aktives Handeln auf diesem Gebiet den Wählern bei der Agitation beweisen und sie zur Unterstützung und Durchführung dieser Pläne durch die Stimmabgabe für die SPD auffordern können. So aber stand sie auch in dieser Hinsicht buchstäblich mit leeren Händen vor den Wählern.

So mußte am 6. September kommen, was auch eintraf. Unter den fast 14 Millionen CDU/CSU-Wählern gibt es ganz bestimmt eine sehr große Zahl von Stimmen, die bisher aus vielen Gründen nicht diese Parteien wählten und es auch am 6. September nur mit vielen Bedenken taten. Sie sahen aber in der Adenauerpartei die Kraft, die in außenpolitischer Hinsicht einen klaren Kurs steuert, welchen sie für richtig oder zumindest für besser als die unklare Außenpolitik der SPD hielten.

Das ist die entscheidende Ursache für den Ausgang der Bundestagswahl. Ich weiß, daß diese Erkenntnis bei der Mehrheit der SPD-Mitglieder und ihren Anhängern noch nicht vorhanden ist. Ich habe sie schon lange und seit Jahren bei allen sich bietenden Gelegenheiten innerer SPD-Diskussion zum Ausdruck gebracht. Es ist daher keine Kritik des Hinterher-Besserwissens. Hoffentlich trägt die jetzt überall begonnene Diskussion dazu bei, daß diese Erkenntnis von der Notwendigkeit zu einer anderen, besseren und erfolgreicherer Außenpolitik Allgemeingut der SPD wird. Damit kann sie breite, ihr wirtschaftlich nahestehende Schichten gewinnen. Die SPD hat in der Arbeiterschaft und den viel zu niedrig bezahlten unteren und mittleren Angestellten und Beamten noch ein so weites Feld zur Erringung neuer Anhänger, daß sie keine Konzessionen an Auffassungen jener Kreise des gewerbetreibenden Mittelstandes zu machen braucht, die doch niemals ihre Wähler sein werden. Sie würde damit nichts gewinnen, sondern nur ihre treuesten Anhänger verwirren und abstoßen.